Berlin

Neue Erkenntnisse nach Cyber-Angriff

[01.09.2026] Ab dem 7. August gab es einen Cyber-Angriff auf das Berliner Datennetz. Zunächst hieß es, dass dabei nur Daten erbeutet wurden, die ohnehin öffentlich zugänglich sind. Nun räumte der Senat ein, dass es „weitere Datenabflüsse“ gegeben habe. Die Hacker versuchen, das Land Berlin damit zu erpressen.

Am Montag vor zwei Wochen (17. August 2026) wurde bekannt, dass es einen Cyber-Angriff auf das Berliner Landesnetz gegeben hat. In diesem Zuge wurden schon am 14. August zwei Senatsverwaltungen vom Netz genommen, zahlreiche wichtige Leistungen standen zeitweilig nicht zur Verfügung. Am darauffolgenden Sonntag (23. August), teilte das Presse- und Informationsamt des Landes mit, dass alle Senatsverwaltungen wieder „grundsätzlich arbeitsfähig“ seien (wir berichteten). Nach und nach geraten immer mehr Details zu dem Vorfall ans Tageslicht.

Doch Daten abgeflossen

Während es anfangs hieß, dass bei dem Vorfall zwar einige Daten abgeflossen seien, es sich dabei aber um ohnehin öffentlich zugängliche Open Data gehandelt habe, teilte das Berliner Presseamt nun mit, „dass es im Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt infolge des IKT-Vorfalls im Landesnetz Berlin zu weiteren Datenabflüssen gekommen“ sei. Die Daten seien bereits vor der Netzabtrennung, zwischen dem 7. und 12. August, abgeflossen. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass auch personenbezogene oder sonstige nicht-öffentliche Daten betroffen seien. „Derzeit gehen wir davon aus, dass der Angriff eingedämmt werden konnte. Die forensischen Untersuchungen und das Scanning des Landesnetzes Berlin dauern jedoch bis auf Weiteres an. Auch der IKT-Notfallstab bleibt bis auf Weiteres aktiv“, erklärte Berlins CDO Florian Hauer.

Erpressungsversuch mit brisanten Inhalten

Am vergangenen Freitag wurde dann bekannt gegeben, dass es den Versuch gibt, das Land Berlin zu erpressen. Welche Rolle die erbeuteten Daten dabei spielen und was im Fall der Nichterfüllung der Forderungen angedroht wird, teilt das Land Berlin wiederum nicht mit. „Die Untersuchungen zu Inhalt und Umfang der abgeflossenen Daten werden mit großer Intensität vorangetrieben“, so die Senatskanzlei. Der Berliner Tagesspiegel weiß hier offenbar schon mehr: Einem aktuellen Bericht zufolge sollen die Daten im Darknet zum Verkauf angeboten werden. Insgesamt sind laut dem Medium 5,79 Terabyte abgeflossen, darunter sollen sich teils brisante, teils als Verschlusssache deklarierte Unterlagen, Passwörter, Personalakten sowie Bankdaten aus der höchsten Führungsebene befinden. Noch bis kommenden Freitagnachmittag sollen Gebote zum Kauf dieser Daten abgegeben werden können.

Untersuchungen gehen weiter

Eingehen will man auf den Erpressungsversuch jedenfalls nicht: „Das Land Berlin lässt sich nicht erpressen“, ließen sich der Regierende Bürgermeister Kai Wegner und Innensenatorin Iris Spranger zitieren. Mit Hochdruck werde gegen die mutmaßlichen Täter des Hacker-Angriffs ermittelt, dabei arbeiten

das Landeskriminalamt Berlin, die Staatsanwaltschaft und die Sicherheitsbehörden des Bundes eng zusammen. Die Untersuchungen zu Inhalt und Umfang der abgeflossenen Daten dauern nach Senatsangaben weiterhin an. Die zuständigen Stellen wie die Landesdatenschutzbeauftragte und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) werden laut Senatskanzlei fortlaufend über die neuen Kenntnisse unterrichtet.

(sib)

Stichwörter: IT-Sicherheit, Berlin